

(...)

**Sent:** Thursday, February 18, 2010 12:38 PM

**Subject:** WG: Steuererhöhungen

Guten Morgen Herr Weber.

1. Leider haben Sie die Ergänzung zu meiner verkürzt zitierten Aussage, die Mittwochs im Südkurier erschien, nicht gelesen: Ich begann meinen Redebeitrag mit *"Es ist gut, dass die Stadtverwaltung vorschlägt, die freiwilligen Leistungen festzuschreiben."* und dann weiter

*"Auch über freiwillige Leistungen muss man diskutieren dürfen. So wie wir in wirtschaftlich schlechten Zeiten schon über eine Senkung diskutiert haben, muss man auch wieder über eine Steigerung reden können, wenn es die wirtschaftliche Lage der Stadt erlaubt. Man kann aus meiner Sicht die derzeitige Höhe nicht für alle Zeiten festschreiben."*

2. Die Aussagen zu möglichen Steuererhöhungen wurden in einem ganz anderen Zusammenhang gemacht. Im HFA haben wir ein Papier diskutiert, welche Eckpunkte wir für die Diskussion der mittelfristigen Finanzplanung anstreben wollen. Anbei der Originaltext:

*Um im Mai 2010 die aufgeschobene Beratung über die Mittelfristige Finanzplanung 2011 ff. beraten zu können, sollten für die vorbereitenden Arbeiten der Verwaltung bestimmte Eckwerte geklärt sein.*

*1. Oberstes Ziel ist in jedem Jahr die Verabschiedung eines gesetzmäßigen Haushaltes. Deshalb sollte in der Regel die Mindestzuführung erwirtschaftet werden, Ersatzdeckungsmittel (z. B. Rücklage) sollten nur in Ausnahmefällen und ohne Inanspruchnahme der Mindestrücklage verabschiedet werden.*

*2. Entsprechend den vom Gemeinderat verabschiedeten Nachhaltigkeitszielsetzungen sollte weiterhin am Ziel der Nettoneuverschuldung Null festgehalten werden.*

*3. Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen sollen im jetzigen Umfang weitergeführt werden. Leistungsausweitungen sind nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zulässig.*

*4. Die Folgekosten für investive Maßnahmen sind zu ermitteln oder abzuschätzen und mit ihren Auswirkungen darzustellen. Unter Beachtung dieser Vorgaben wird die Verwaltung folgende Vorarbeiten durchführen und für die Beratungen zur Verfügung stellen.*

*Alle 2010 begonnenen Maßnahmen werden mit ihren finanziellen Auswirkungen (Zuschussprogramme etc.) auf 2011 und 2012 fortgeschrieben. Im Hinblick auf ein Investitionsvolumen, das auf jährlich bis zu 20 Mio. Euro festgeschrieben werden sollte, wird ersichtlich, dass freie Finanzmasse für 2011 ff. ohne Neuverschuldung nur vorhanden ist, wenn auch das Jahr 2010 und die noch nicht begonnenen Maßnahmen aus dem Jahr 2009 einbezogen werden.*

*Die Verwaltung wird eine Einnahmeprognose abgeben, dazu gehört eine Risikobewertung beim Einkommensteueranteil, Finanzausgleich, Gewerbesteuer. Die Verwaltung wird eine Ausgabenprognose mit möglichen Steigerungen ermitteln, Schwerpunkte liegen auf einer Risikobewertung bei der Kreisumlage, beim Personal,*

*prozentuale Steigerungen im Verwaltungshaushalt, Folgekosten für neue Projekte. In diesem Zusammenhang wird sich zeigen, inwieweit die Leistungsfähigkeit des Verwaltungshaushalts durch strikte Haushaltsdisziplin gegeben ist. Berücksichtigt ist, dass für das Jahr 2009 ein sehr guter Jahresabschluss mit einer Zuführungsrate von über 20 Mio. € zu verzeichnen ist. **Diskutiert werden muss, zu welchem Zeitpunkt Überlegungen über Steuererhöhungen angestellt werden müssen.***

Es geht in diesem Zusammenhang um den Zeitpunkt oder um die Gegebenheiten, wann man über Steuererhöhungen nachdenkt. Das kann z.B. dann sein, wenn die Zuführung nicht mehr erwirtschaftet wird oder das kann auch sein, wenn man ohne Nettoneuverschuldung nicht mehr auskommt.

3. Die Finanzierung der 48 Millionen ist in der Broschüre offen gelegt. Auf 48 Millionen ist der Projektentwickler durch Verträge und ein umfassendes Leistungsverzeichnis festgelegt. Zins- und Tilgung für diese Summe betragen 2,3 Mio jährlich und lassen sich derzeit im Haushalt abbilden. Dazu kommen voraussichtlich 300.000 € Zuschüsse zu den Betriebskosten. Die Kosten für die Gestaltung, die über 10 m Umgriff hinaus gehen, sind noch nicht im HH veranschlagt, ebensowenig wie die der Unterführung. Da kommen aber weniger Kosten auf die Stadt zu, da ein Teil über die Eisenbahnkreuzungsvereinbarung von der Bahn getragen werden.

4. Einsparungen, sofern sie möglich werden sollen, werden wir bestimmt nicht in den Bereichen vornehmen, in denen wir mit Erfolg in der letzten Legislatur um Verbesserungen gekämpft haben:

Hier einige Beispiele

- Essenszuschüsse für die Schule am Buchenberg
- Einrichtung eines Sozialfonds für Lern-/Sachmittel etc. für bedürftige Schülerinnen/Schüler
- Bezuschussung Essenspreise Gymnasien
- Änderung des städtischen Sozialpasses - Ausweitung des Personenkreises und des Angebotes
- Erhöhung des Zuschusses für Kulturvereine, Kostenfreie Überlassung der Wollmatinger Halle an Musikvereine
- Verdoppelung der Jugendförderung bei den Sportfördermitteln
- Einrichtung von Schulsozialarbeit an Schulen

Da wird dann eher von mir der Vorschlag kommen, den Katamaran mit fast einer halben Million € pro Jahr Defizit abzuschaffen!

Herzliche Grüße

D. Jacobs-Krahen

--

Dr. Dorothee Jacobs-Krahen

Stadträtin

(...)

please consider the environment -  
do you really need to print this email?

-----Ursprüngliche Nachricht-----

**Von:** Hans-Joachim Weber [mailto: (...) ]

**Gesendet:** Mittwoch, 17. Februar 2010 08:31

**An:** FGL Fraktionsbüro; CDU Fraktionsbüro; FWG Fraktionsbüro; FDP Fraktionsbüro; (...)

**Cc:** (...)

**Betreff:** Steuererhöhungen

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

dem Südkurier von heute entnehme ich mit großer Freude, dass das Konzert- und Kongresshaus ohne Steuererhöhungen gestemmt werden kann.

Im Südkurier vom 05.02.2010 lese ich dagegen.

Allein dieses Jahr fließen rund 10 Millionen Euro weniger aus dem ihr zustehenden Anteil aus der Einkommenssteuer sowie aus dem Finanzausgleich und auch bei Gewerbesteuer-Einnahmen sieht es schlechter aus. Ein strikter Sparkurs werde in den kommenden Jahren notwendig, sagten Oberbürgermeister Horst Frank und Rohloff zuletzt.

Dorothee Jacobs-Krahen (FGL) ist jedoch der Ansicht, auch „freiwillige Leistungen muss man diskutieren dürfen“.

Steuern erhöhe er ungern, betonte Jürgen Faden (FWG): „Wir müssten auch einmal über Ausgabenkürzungen reden.“

Im letzten Satz wirft Kämmerer Hartmut Rohloff die Frage über jenen Zeitpunkt auf, an dem über Steuererhöhungen nachgedacht werden müsse. „Das darf für uns kein Tabuthema sein“, sagte er.

Können Sie mir erklären, auf welche Zeit Sie auf eine Steuererhöhung verzichten, Bezieht sich der Verzicht nur darauf, dass man Steuererhöhungen dann mit anderen Gründen rechtfertigt.

Wenn auf der Ausgabenseite gespart werden soll, haben Sie dafür bestimmt schon konkrete Vorschläge (z.B. bei den Zuschüssen der Vereine oder den Radwegen). Kann man den Verzicht so interpretieren, dass Gebührenerhöhungen auch ausbleiben oder soll die Finanzierung so erfolgen ?

Am meisten würde mich aber interessieren, wie Sie die 64 Millionen finanzieren wollen (bzw jährliche ca. 3 Millionen)? Was soll gestrichen werden oder erhöht?

Einer baldigen Antwort sehe ich gern entgegen oder soll mit den schlechten Nachrichten erst nach dem Bürgerentscheid die Öffentlichkeit konfrontiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Weber